

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Postgebühren für die Anzeiger sind nach dem Tarif für Anzeiger zu entrichten. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Telegramme: Capetblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 268

Sonntag, den 16. November 1924

19. Jahrgang

### Ein Riesenbrand in Amerika.

Paris, 15. November. „Chicago Tribune“ meldet aus New York: Ein großer Teil von New Jersey ist gestern morgen von einem Brande heimgesucht worden. Das Feuer brach um 9 Uhr morgens in einer Salpetermineralenfabrik aus und verbreitete sich rasch über vier Stadtteile hin. Durch die infolge zahlreicher Explosionen in die Luft geschleuderten Trümmerstücke wurde der Brand noch weiter verbreitet. Einzelne Ställe fielen in eine Schar Schulhäuser, von denen viele vermint werden. Über 900 Familien sind obdachlos geworden, über 35 Fabriken sind dem Brande zum Opfer gefallen, 10 Feuerwehreinheiten werden noch vermint. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 15 Personen schwer verletzt in die Krankenhäuser eingeliefert. Der Sachschaden wird auf Millionen Dollar geschätzt.

### Deutschnationale Front gegen Stresemann.

Die Art, in der der Außenminister Dr. Stresemann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Dortmund die außenpolitischen Probleme behandelt hat, verdient Beachtung und verdient, was wir offen und klar herauszusagen wollen, Zustimmung. Stresemanns außenpolitische Rede war getragen von dem Geist der Verständigung und der Befriedung Europas. Die Rede hielt sich frei von Illusionen und darf als Ausdruck deutscher Realpolitik gelten. Gerade in diesem Zusammenhange ist auch Stresemanns Formulierung über die Gegner dieser Außenpolitik bemerkenswert. Es war ein sehr deutlicher Wink nach einer gewissen Seite hin, wenn Stresemann sagte: „Das Nein, das Vielen als Ausdruck der Kraft in der Außenpolitik erscheint, ist weiter nichts, als das Gefühl oberflächlicher Einschätzung gegenüber den Dingen, die man glaubt, mit Schlagworten abtun zu können.“ Auch dieser Formulierung können gerade die Demokraten zustimmen, denn sie haben in den schweren Jahren, die hinter uns liegen, den Kampf gegen die Schlagwörter und die nationalen Phrasen im wesentlichen mitgeführt. Im übrigen hat Dr. Stresemanns außenpolitische Rede ein äußerst charakteristisches Echo gehabt: Die Sozialdemokraten, das Zentrum und die so heftig beschriebenen Demokraten stimmen der Rede zu. Diese Partei aber, deren Bundesgenossenschaft von der Deutschen Volkspartei ersehnt wird, die Deutschnationalen, zeigen die kalte Schulter und lehnen heftig ab. Das sind dieselben Deutschnationalen, die die Richtlinien der Stresemannschen Außenpolitik feinerseit angenommen haben, um Ministerliche dafür einzuhandeln. Die „Kreuzzeitung“ spricht vom Optimisten Stresemann und die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich gleich in zwei Artikeln gegen diese Rede. Weil Stresemann ein ernstes Wort an die Interessenten gerichtet hat, die die Volksherrschaft am stärksten anziehen wollen, wird er des wirtschaftlichen Positivismus beschuldigt und ein solcher Vorwurf kommt bekanntlich nach dem deutschnationalen Katechismus einer Todesünde gleich. Herr Lawrenz nennt ihn in seiner „Nationalpost“ einen Erfüllungspolitiker und meint, man könne Stresemann für die in seiner Rede vorgenommene Selbstenttäuung nur dankbar sein. Nun wisse man, was unter seiner außenpolitischen Führung in Deutschland möglich sei. Überall müsse diese Rede öffentlich angeschlagen werden, damit jeder Deutsche wisse, wer unser leidbeugtes Volk heute zu führen sich unterfange. Und nun gar erst die „Deutsche Zeitung“. Sie erklärt kurz und bündig: „Herr Stresemann hat uns den Beweis erbracht, daß er als Reichsaußenminister nicht auf dem rechten Fleck steht, und daß die bisherige Richtung in der Außenpolitik für Deutschland verderblich war.“ Wohlgerichtet, das sind die politischen Freunde der Deutschen Volkspartei, die in die Reichsregierung aufgenommen werden sollten. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die Demokraten recht getan haben, als sie sich weigerten, mit den Deutschnationalen zusammen einen Bürgerblock zu bilden, so wäre dieser Beweis jetzt erbracht. Wenn Herr Stresemann auch in Zukunft nach dem 7. Dezember Außenminister bleiben will, so muß er jetzt wissen, in welchem Lager die Gegner der bisherigen Außenpolitik stehen.

### Reichskanzler Marx in Breslau.

Breslau, 14. Nov. Vor einer Wählerversammlung des Zentrums sprach heute Reichskanzler Dr. Marx. Er betonte, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei müßten den festen Kern in der Regierung und im Parlament bilden. Er wies auf die Stichproben der letzten Wahlen in Mecklenburg, Hamburg und Anhalt hin, die nicht für einen so überwältigenden Sieg der Rechtsparteien zu sprechen schienen, daß eine Regierungsbildung ohne die Parteien der Mitte möglich wäre. Eine gewisse Wägung in der Führung des Wahlkampfes sei notwendig, wenn der neue Reichstag nicht von vornherein wieder zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein solle. Eine Umkleitung sei es, die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf hineinzuführen. Der Reichspräsident Hoff, solange er auf sei-

nem Posten sei, über den Parteien, und die Parteien müßten diese Stellung respektieren. Das sei ein Gebot des politischen Verstandes, aber auch der Klugheit, denn was dem jetzigen Reichspräsidenten widerfahre, das könne später einem anderen widerfahren. Außerdem schädige man mit diesen ganz gegenstandslosen Angriffen das deutsche Ansehen in der Welt.

### Gerhart Hauptmanns politisches Bekenntnis.

Dessau, 15. Nov. Oberbürgermeister Hesse hatte Gerhart Hauptmann, der gegenwärtig in Lugano weilt, eingeladen, im Flugzeug nach Dessau zu kommen, um dort auf einem batesländischen Abend der Deutschen Demokratischen Partei zu sprechen. In einem Schreiben an den Oberbürgermeister bedauert Gerhart Hauptmann, der Einladung nicht folgen zu können, und bittet, statt seiner Person einige Zeilen entgegenzunehmen. Hauptmann erklärt, er stehe dort, wo die Wartburg-Jugend, wo Fritz Reuter und wo mit seinen letzten Gedanken Bismarck gestanden habe. Er stehe unter denen, die belehrbar seien, und die aus dem überaus grauenvollen, vergangenen Kriegereignis eine Lehre gezogen hätten. Unter denen, die je eher je lieber den ganzen Jammer erneuern wollten, aber unter denen, die vergessen hätten, stehe er nicht. Freilich habe er auch mit denen nicht gemeint, die in alle Ewigkeit den Bude! gebuldig hinhalten wollten. Hauptmann wendet sich dann gegen die Rutschereien der Heißsporne. Ein Genesender brauche Schonung und Ruhe, und er sei gewiß, daß unser Volk augenblicklich ein genesendes sei. Hauptmann schließt mit dem Hinweis auf das, worin die meisten Deutschen einig seien: die Liebe zu Volk und Vaterland.

### Uebertritt des Mittelstandes zu den Demokraten.

Berlin 14. Nov. Die seit zwei Jahren bestehende Ortsgruppe Rudow (Kreis Rebus) der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes hat gestern einstimmig den Austritt aus der Partei beschlossen und ist geschlossen zur Demokratischen Partei übergetreten. Der Grund liegt darin, daß die Führer der Wirtschaftspartei vollkommen nach rechts abgewandert sind, während sich die übergroße Mehrheit der Mittelständler aus Republikanern zusammensetzt.

### Der Aufmarsch der Parteien in Sachsen zu den Reichstagswahlen.

Aus dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 4. Mai d. J., dessen heroischerster Zug eine grotesk wirkende Zersplitterung in zahllose Parteigruppen war, deren Stimmen nutzlos unter den Tisch fielen, scheinen diese Splitterparteien nichts gelernt zu haben. Im sächsischen Wahlkreis waren bei der letzten Reichstagswahl allein 18 Listen eingereicht worden, von denen nur 5 Parteien Reichstagsmandate erhielten, nämlich die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Alle für die anderen elf Parteien abgegebenen Stimmen waren nutzlos und dem Bürgertum entgangen, in den anderen Wahlkreisen lagen die Dinge ähnlich. Nach dem bisherigen Stand werden aber die völlig abgefallenen Parteien zum guten Teil wieder auftreten und zwar die Evangelische Partei Sachsen und die Nationalliberale Vereinigung Sachsens. Ungewiß ist noch, ob die Polnische Volkspartei, der Häuserbund, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Republikanische Partei sich an der Wahl beteiligen werden. Dagegen ist mit einer neuen Liste für Ostsachsen bestimmt zu rechnen und zwar wird die Wirtschaftspartei diesmal mit einer eigenen Liste aufwarten, obwohl genug angesehene Mittelständler und Wirtschaftler auf anderen Listen stehen. Weiter werden in Ostsachsen bestimmt auf dem Plan wieder erscheinen die Splitterparteien der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft mit dem Herrn Heßlein an der Spitze, die Deutsch-sozialen Partei mit dem Präsenhelden Richard Runge (Knäppelrunge), die von den Tschachen aufgemachte und bezahlte Wendische Volkspartei, die Zentrumspartei und schließlich die Deutschnationale Partei, die infolge ihrer inneren Zerissenheit wahr-

scheinlich mit einer Liste nicht auskommen wird und dadurch noch weniger Aussicht auf Erlangung eines Mandats hat. Alle diese Parteien entziehen dem Bürgertum in gefährlicher Weise Stimmen. Mit Einschluß der fünf oben erwähnten dieser erfolgswahrscheinlichen Parteien in Ostsachsen wird man also hier wiederum mit mindestens elf, wahrscheinlich sogar 15 Listen rechnen müssen. Es liegt am Bürgertum, den Splitterparteien diesmal die gefährliche Antwort zu erteilen, damit sie bei späteren Wahlen solche für das Bürgertum gefährliche Eigenbräutereien gar nicht wieder wagen.

### Der Preis für den Wirtschaftsvertrag mit Frankreich.

Aufhebung der Ausfuhrabgabe, beschleunigte Aufräumung Berlin, 14. November. Das Berliner „Wirtschaftsblatt“ meldet aus Paris: Der Berliner Korrespondent des „Journal“ will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß die deutsche Regierung an die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich nachstehende Bedingungen geknüpft habe:

1. Aufhebung der 20prozentigen Ausfuhrabgabe,
2. Zugeständnisse über eine beschleunigte Aufräumung des Ruhrgebietes und
3. Entgegenkommen in der Regelung des politischen Status der Rheinlande.

Die deutschen Vertreter haben ferner, so behauptet der Korrespondent, mitgeteilt, daß die zollfreie Einfuhr eisengeschmiedeter Produkte nach Deutschland in der Form von Konventionen nicht verlängert werden soll.

### Fortgang der Aufräumung.

Bonn, 14. November. Nach einer Mitteilung der Besatzungsbehörde an die deutsche Verwaltung wird ab Witternacht vom 17. zum 18. November das Gebiet geräumt, das vor dem 11. Januar 1923 nicht besetzt war. Es sind das vor allem die Städte Bonn und Königswinter, ein Teil der Bürgermeisterei Stuppichteroth und die Bürgermeisterei Much.

### Keine Haftentlassung für Nathusius.

Paris, 14. Nov. Ueber den Fall des General Nathusius wird aus Lille folgende Meldung verbreitet: Der Kommandant Perex hat heute (14. November) dem deutschen General von Nathusius mitgeteilt, daß sein Ersuchen um vorläufige Haftentlassung, das die deutsche Botschaft in Paris beim französischen Außenminister überbracht hat, nicht in Betracht gezogen werden könne. Man stelle dem deutschen General den Laibband dar, der ihm vorgeworfen wird, sowie die Prozessurkunde, an die man sich halten werde. General von Nathusius erklärte, daß er nur in Anwesenheit seines deutschen Rechtsbeistandes sprechen würde. Es wurde ihm ferner mitgeteilt, daß er am 20. November vor dem Kriegsgericht der 1. Region erscheinen werde. Der Verteidiger des Angeklagten, Herr Nicolai vom Weker Gericht, ist in Lille in Begleitung seines Sekretärs eingetroffen. Er konnte sich mit General von Nathusius unterhalten, der seine Unschuld beteuerte und erklärte, daß ihm niemals etwa von dem in Roubaix begangenen Mordfall, der ihm vorgeworfen wird, bekannt geworden sei. Er versicherte er rechne darauf, daß er den Richtern seine Unschuld darlegen könne.

### Politische Rundschau.

#### Herabsetzung der Landtagsabgaben.

Das Dresdener sozialdemokratische Organ meldet, daß von sozialdemokratischer Seite geplant sei, einen Antrag auf Herabsetzung der Landtagsabgaben zu stellen. Die Diäten seien in einem Prozentsatz der Reichstagsdiäten bemessen und die Reichstagsdiäten auf ein Viertel eines Ministergehältes festgesetzt werden. Infolge Steigens der Gehälter für die höheren Beamten hätten jetzt die Diäten der Landtagsabgeordneten eine Höhe erreicht, die in keinem richtigen Verhältnis mehr zu den Unkosten stünden, die den Abgeordneten tatsächlich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit erwachsen.

#### Eine Sowjet-Waffenfabrik in Juida.

Frankfurt a. M., 14. Nov. Die „Frankfurter Post“ meldet aus Juida: Die hiesige Polizei ist kommunistischen Umtrieben auf die Spur gekommen, die zur Verhaftung der kommunistischen Stadtworwachen Rappert und Daase sowie anderer Kommunisten führten. Bei der Durchsuchung ihrer Wohnungen wurden Waffensammlungen, Karabiner, sowie erhebliche Mengen Dynamit, Dynamit und anderes Sprengmaterial gefunden. Die Untersuchung wird fortgesetzt und wird vermutlich noch zu weiteren Verhaftungen führen.

#### Wieder ein Jagstift ermordet.

Stom, 14. Nov. In Jagstamare bei Reapel erschoss gestern der ehemalige Abgeordnete und frühere Reichstagsmitglied im Verlaufe eines politischen Wortwechsels ein sozialistisches Gemeinderatsmitglied auf offener Straße. Der Mörder ist flüchtig.

del günstigem  
ich 48 Nr  
lung.  
d Gemeinbe-  
demitglieder.  
den übrigen  
e des große  
ansetzen und  
auf dem  
wehrgesange  
der „junge  
d sagt dem  
meiner Kom-  
Kapelle.  
Aue.  
s.  
rauh.  
Bnik.  
musik.  
Schoppen.  
Schubert  
Kolonne  
auszubilden,  
schäftigen, und  
werden ge-  
plonnenführer  
Kolonnenanzit  
in Aue.  
erwurf  
in.  
1.00 MRL  
1.20 MRL  
1.20 MRL  
1.20 MRL  
1.20 MRL  
widan.  
y!  
waren.  
AUB,  
4. 1. 1. 1.  
wänzige  
se  
vertaufen.  
i. 1. 1. 1.  
n)  
es.  
ung  
der  
m. b. H.